

Uni ist enttäuscht über die Regierungen

Die Verantwortlichen rechneten mit mehr Geld und hoffen nun auf die gemeinsame Trägerschaft

TIMM EUGSTER

Die Boomfächer an der Uni Basel fürchten um die vorgesehene finanzielle Abfederung für die steigenden Studierendenzahlen. Die Folge könnten Zulassungsbeschränkungen sein. Dies weil die beiden Basel das Uni-Budget 2005 nur um ein Drittel der geforderten Summe aufstocken wollen.

Ein Psychologie-Professor an der Uni Basel hat 112 Studierende zu betreuen. «Das liegt weit über allem, was von Fachleuten empfohlen wird», stellt Psychologie-Dekan Klaus Opwis klar. Ähnlich schlechte Betreuungsverhältnisse herrschen bei den Medienwissenschaften, den Rechtswissenschaften und bei der Soziologie. Mit dem eben begonnenen Wintersemester hält der Andrang in den Boomfächern an. «Wir brauchen dringend 950 000 Franken für zusätzliche Assistierende, Lehraufträge und für das Sekretariat», fordert Opwis, «damit sich die Verhältnisse mit den zusätzlichen Studierenden in jedem Semester wenigstens nicht laufend verschlechtern.»

Nach dem Budgetentscheid der Regierungen in Basel und Liestal vom vergangenen Dienstag sind solche vom Rektorat ausdrücklich anerkannte Forderungen in Frage gestellt. Die Universität soll für das nächste Jahr sechs Millionen Franken mehr erhalten – gefordert hatte der Universitätsrat 18 Millionen. «Wir müssen jetzt rechnen, wie viel unter diesen Umständen möglich ist», sagt Rektor Ulrich Gäbler. Opwis betont: «Wenn wir die nötigen Gelder nicht erhalten, müssen wir Zulassungsbeschränkungen zum Master-Studium einführen.»

Das Dilemma: Weil die Budgetaufstockung nicht einmal die steigenden Ausgaben für das bestehende Angebot der Universität deckt, geht jede Abfederung in den Boomfächern auf Kosten anderer Bereiche. Dem Personal wird der Teuerungsausgleich nicht gewährt. Die Verwaltung wird reduziert. Und in den Bereichen der Geistes- und Naturwissenschaften, die laut dem Vorschlag für eine Leistungsvereinbarung mit den Kantonen reduziert werden, soll der Abbau schon im kommenden Jahr beginnen – also bevor die Universität die Zusicherung hat, dass die beiden Basel die geforderten Ausbauten zu finanzieren gewillt sind.

SCHUSS INS EIGENE BEIN. Hier ist das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen: Die Philosophisch-Historische Fakultät hat dem Abbau etwa in der Slavistik und der Geschichte nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die versprochenen Ausbauten in den Gesellschaftswissenschaften



Übervolle Universität. In mehreren Fächern sind die Betreuungsverhältnisse prekär. Foto Claude Giger/picturebale

gesichert sind. An dieser Position habe sich auch mit dem «enttäuschenden» Entscheid der Regierungen nichts geändert, betont Dekan Emil Angehrn: «Es muss ein Geben und Nehmen sein.» Nun werde man in den Uni-internen Verhandlungen darauf drängen, dass mit den geplanten Ausbauten begonnen werden kann – als Bedingung für den Abbau. Der Uni steht ein harter interner Verteilungskampf bevor.

Vereint ist die Universität hingegen in der Enttäuschung, dass die Regierungen weniger Geld bewilligt haben als viele offenbar trotz den harzigen Verhandlungen zwischen den beiden Basel erwartet haben. Deutliche Worte findet Hans-Jakob Wirz, Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät: «Ständig betonen die Regierungen, wie wichtig die Universität für die Region sei – aber dass sie sich mit ihrer

Politik ins eigene Bein schiessen, merken sie nicht.» Die Folgen der Unterfinanzierung würden sie erst bemerken, «wenn die guten Professoren davongelaufen sind und die Studierenden auf der Treppe sitzen», so Wirz. Seit zehn Jahren müsse man nun auf absoluter Sparflamme arbeiten. «Die Ausstattung vieler Institute ist ein echtes Problem – da sind wir mit Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig.»

VERTRAUEN STATT PROTEST. Lob und warme Worte finden die Fakultätsvorsteher und Rektor Ulrich Gäbler immerhin für die Einigung der beiden Basel über eine gemeinsame Trägerschaft ab 2007. Auf die Aussichten auf das kommende Jahr angesprochen, verdüstert sich die Stimmung des Rektors jedoch: «Wir hatten schon erwartet, dass wir endlich Mittel für den

dringenden Ausbau erhalten.» Die unter dem Strich zusätzlichen drei Millionen Franken sind für Gäbler «unter dem Minimum, was die Universität billigerweise verdient». «Gar nicht vorstellen» will sich der Rektor, was geschähe, wenn die Parlamente der beiden Basel im Dezember dem Budget nicht zustimmen sollten.

Trotzdem hält es Gäbler für die richtige Strategie des Universitätsrates, die vorgesehenen Streichungen und Schwerpunktbildungen zu vollziehen, bevor die Kantone Geld für die Ausbauten bewilligt haben. «Manche denken, die Uni gebe damit ein Pfand aus der Hand», weiss Gäbler, «aber wir arbeiten lieber in einem Vertrauensverhältnis mit den Regierungen als mit Protestaktionen.» Ausserdem seien die geplanten Massnahmen auch sachlich richtig.

Bürgerliche Parteien landen Spar-Coup im Landrat

Konzertierte Aktion von SVP, FDP und CVP: Gemeinsame Sparanträge in der Höhe von fast 18 Millionen Franken

THOMAS GUBLER, STEFAN GYR

Die Budget-Schlacht im Baslerbieter Landrat ist entschieden, bevor sie überhaupt begonnen hat: Die bürgerliche Ratsmehrheit hat ein Sparpaket im Umfang von fast 18 Millionen Franken geschnürt.

Ein dicker Stoss von Anträgen wurde gestern im Landrat für die Budget-Debatte vom 8. und vom 9. Dezember verteilt. Die meisten haben den gleichen Wortlaut: Die SVP, die Freisinnigen und die CVP/EVP-Fraktion haben sich auf eine Reihe von Budgetanträgen geeinigt. Insgesamt wollen sie Ausgaben von 17,65 Millionen Franken aus dem Budget streichen (siehe Kasten). Da die bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Parlamentsmitglieder stellen, werden sie die Sparmassnahmen im Parlament mühelos durchpauken können.

«GEMEINSAMES VORGEHEN.» An einer Sitzung der bürgerlichen Vertreter in der Finanzkommission mit den Fraktions- und den Parteipräsidenten sei man «über die Bücher gegangen» und habe sich auf ein «gemeinsames Vorgehen» verständigt, erläuterte FDP-

Fraktionschef Paul Schär. In der Finanzpolitik vertrete man die gleichen Auffassungen: Der Kanton müsse den Haushalt «jetzt in den Griff bekommen», solle das Baslerbiet «attraktiv und wettbewerbsfähig» bleiben.

«Die Bürgerlichen spielen ihre Macht aus», meinte der Grüne Philipp Schoch. Er zeigte sich über das Vorgehen der bürgerlichen Fraktionen nicht sonderlich überrascht. SP-Fraktionspräsident Ruedi Brassel fand, die «konzertierte Aktion» habe sich «seit einiger Zeit angekündigt». Dieser Kurs sei bereits im vergangenen April vorgespürt worden.

HARSCH KRIK. Damals hat die bürgerliche Landratsmehrheit den Regierungsrat mit zwei Motionen gezwungen, gegen das rasche Wachstum der Personalkosten vorzugehen. Konkret forderte sie eine Stellenplafonierung und einen mittelfristigen Personalabbau auf den Stand des Jahres 2000.

Die Vertreter der Ratslinken sparten gestern nicht mit harscher Kritik am bürgerlichen Lager. «Mit diesen hirnverbrannten Anträgen

reiten uns die Bürgerlichen in ein massives Finanzdebakel hinein», sagte Schoch. Baselland werde nun wie andere Kantone zu einem «Jobkiller».

Die Linke werde gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen diese Sparübung «Sturm laufen». Die «billige und verantwortungslose» Sparpolitik der Bürgerli-

Das bürgerliche Sparpaket im Detail

DIE EINZELNEN MASSNAHMEN. Auf sieben gemeinsame, teils wortwörtlich gleich lautende Sparanträge haben sich die drei bürgerlichen Landratsfraktionen der SVP, FDP und CVP/EVP im Vorfeld der Budgetberatung geeinigt. Insgesamt sollen so 17,65 Millionen Franken eingespart werden. Betroffen sind folgende Budgetposten:

- > Der Personalaufwand aller Direktionen und Gerichte ist um 10 Millionen auf insgesamt 883 800 000 Franken zu kürzen.
- > Bei den Fahrzeugen aller Direktionen und Gerichte sollen 450 000 Franken (20 Prozent) eingespart werden.
- > Der Budgetposten Informatik wird um 2,4 Millionen auf 11 Millionen Franken gekürzt.
- > 2 Millionen (11 Prozent) sollen bei den EDV-Leistungen Dritter eingespart werden.
- > Beim medizinischen Verbrauchsmaterial (Ver-

bandsstoff etc.) werden 1,8 Millionen oder knapp 5 Prozent weniger eingesetzt.

- > 800 000 Franken oder 36 Prozent weniger soll die Polizei für Maschinen, Apparate und Instrumente erhalten.
- > Für Berater und Experten im Schulsektor werden statt 333 500 nur 133 500 Franken (minus 200 000) eingesetzt.
- Als «Kompensation» soll dafür der Einnahmeposten Bussen von 24 800 000 Franken um 4,8 Millionen auf 20 Millionen nach unten korrigiert werden.

Zusätzlich zu den gemeinsamen Anträgen stellt die SVP noch eine Reihe von eigenen. So sollen etwa die Mittel für die Fachstelle für Gleichberechtigung um 130 000 auf 228 000 Franken gekürzt werden. Und bei Förderung der zeitgenössischen Kunst möchte die SVP gar 1,5 Millionen einsparen.

kurz und bündig

Mädchen in die Politik

MÄDCHENRAT. Ab dem 4. November tagt im Kinderbüro Basel ein besonderer Rat. Junge Frauen und Mädchen von 5 bis 18 Jahren diskutieren dort über Politik und andere Themen, unter Anleitung von drei Mädchenarbeiterinnen. Der Rat findet alle drei Wochen am Donnerstag von 16.30 bis 17.30 Uhr in drei Altersgruppen statt. Mitbegründerin ist die Primarlehrerin Dinah Zanetti-Überwasser.

baz: Ihr Motto lautet: «Es stimmt, ich habe verdammt Lust, glücklich zu sein.» Weshalb?

DINAH ZANETTI: Der Satz ist von Rosa Luxemburg. Sie ist ein Vorbild für die politische Aktivität der Frau. Wir haben ihn auch gewählt, weil er frech ist.

Sind Mädchen heute nicht glücklich?

In dem Satz drin ist die Lust anzupacken. Ein Ziel der Emanzipation ist, dass Mädchen ihres Glückes Schmie-din sein können.

Wie müssen wir uns einen Mädchenrat vorstellen?

Wir gehen auf die Wünsche der Mädchen ein. Vielleicht wollen sie das Rathaus besuchen oder Frauenbiographien anschauen. Wir können eine Astronautin einladen oder mit der Fährfrau über den Rhein fahren.

Ist Mädchenarbeiterin ein erlernbarer Beruf?

Ja. Ich habe feministische Mädchenarbeit an der Hochschule für soziale Arbeit und Pädagogik in Basel studiert.

Wann kamen Sie auf die Idee, einen Mädchenrat zu gründen? Bei der Abwahl von Bundes-



Happy. Dinah Zanetti erhofft sich viel vom Mädchenrat.

rätin Ruth Metzler. Da wurde mir klar: Es gibt immer noch zu wenig Frauen in der Politik. Wir wollen ganz früh anfangen und die Mädchen stark machen. Dann trauen sie sich später auch eher zu, aktiv zu werden.

Fünfjährige interessieren sich nicht für Politik.

Ich habe drei Kinder. Die machen sich viele Gedanken. Es ist ein Trugschluss, wenn wir meinen, sie kriegen nicht mit, was in der Welt läuft.

Ist das nicht ein Luxus, ein weiteres Mädchenprojekt?

Bisher gibt es in der Schweiz nichts Vergleichbares. Bei Jugendlichen ist so viel anderes ein Thema, die Liebe, die Schule. Und in der Schule bleibt die Frage, ob Mädchen zu Wort kommen, ob sie ihre Wünsche wirklich äussern, immer noch unbeantwortet. Es ist etwas anderes, wenn Buben dabei sind. Es braucht eine Runde, wo die Auseinandersetzung mit dem anderen Geschlecht wegfällt.

Und wer soll den Rat bezahlen? Private Stiftungen oder Spenderinnen und Spender. Wir hoffen auch auf staatliche Beiträge. Bisher haben wir nämlich gratis gearbeitet.

INTERVIEW: VIVIANE MANZ
www.maedchenarbeit.ch